

# Pressespiegel der österreichischen Sozialversicherung

27.4.2018



Dieser Pressespiegel ist ein Produkt der APA-DeFacto GmbH  
und dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information.



**KLEINE ZEITUNG**

Kleine Zeitung / Steiermark

## Zwischen Pathos und Peinlichkeit

Seite 11 / 27.04.2018

Druckauflage: 195.589 | Reichweite: 556.000 | Dokumentengröße: 1/6 | Werbewert: € 2.613,02

### AUFGELESEN

## Zwischen Pathos und Peinlichkeit

Politik ist manchmal eine Märchenstunde für Erwachsene. Jüngstes Beispiel: die von Türkis-Blau ausgestreuten Unwahrheiten über die Sozialversicherungen. Die behaupteten „Privilegien“, „Luxuspensionen“, „Dienstwagenflotten“ oder „Börsenspekulationen“ waren ein misslungener Versuch, politische Gegner anzupatzen. Das erinnert an die Vor-

gänge im Arbeitsmarktservice. Auch dort ließ die Regierung ihre halb garen Informationen an willfährige Medien sickern – mit dem Ziel, die AMS-Führung gefügig zu machen.

Zeit für Neues ist ihr Slogan, aber sie überdribbelt sich selbst. Zu oft schwankt ihre Politik zwischen Pathos und Peinlichkeit. Sie verbraucht viel

Kraft für Nebensachen, Rauchen, Südtiroler Doppelpass, verpflichtende Anzeigen gegen Schulschwänzer, Polizisten zu Pferde, Burschenschafter usw. An den Hauptsachen schwindelt sie sich gern vorbei. In der Gesundheitspolitik ist die wichtige Frage nicht, wie viele Dienstautos eine Krankenkasse braucht. Die Haupt-

sorge der Beitragszahler ist, ob ihnen die Reform eine bessere Versorgung bringt, konkret: mehr Augenärzte? Kürzere Wartezeiten bei der Kinderärztin? Ein Spitalsbett, wenn man es braucht? Der Weg zu sinnvollen Veränderungen ist äußerst mühsam; Sachverstand und Augenmaß wären gefragt. Mediale Inszenierungen sind noch kein Leistungsnachweis.

**OÖNachrichten**

## Auch ÖVP-Gewerkschafter rüsten zu Streiks gegen Regierungsplan

Seite 2 / 27.04.2018

Druckauflage: 168.472 | Reichweite: 551.000 | Dokumentengröße: 1/6 | Werbewert: € 4.785,96



# Auch ÖVP-Gewerkschafter rüsten zu Streiks gegen Regierungsplan

VON MICHAEL BACHNER

**Sozialversicherung.** AK und ÖGB bereiten Kampfmaßnahmen vor. Spitzen aller Fraktionen kämpfen um Selbstverwaltung in den Kassen und Unfallversicherung.

Blieb es bisher beim regen Austausch von Unfreundlichkeiten zwischen Regierung und Sozialpartnern, so schaltet die Gewerkschaft im Kampf um die Eckpfeiler in der Sozialversicherung jetzt einen Gang höher.

Die Betriebsräte der 26.000 Mitarbeiter der Sozialversicherungen organisieren ab sofort Betriebsversammlungen. Den Startschuss gaben am Mittwoch die Vorarlberger. Auch vor einer Streikdrohung scheut man im Ländle nicht zurück. Der schwarze Vorarlberger Kassen-Chef **Manfred Brunner** sagt: „Das wird jetzt überall in Österreich einstimmig beschlossen werden. Das passt kein Blatt zwischen Rot und Schwarz.“

Heute, Freitag, ist Wien mit einer Betriebsrätekonfe-

renz der verschiedenen Sozialversicherungsträger an der Reihe. Der Chef der Gewerkschaft der Privatangestellten, **Wolfgang Katzian**, deponiert im KURIER: „Selbstverständlich unterstützt die Gewerkschaft die angelaufenen österreichweiten Aktivitäten der Betriebsräte und Sozialversicherungen. Wir gehen für die Beibehaltung der Selbstverwaltung, gegen die Zerschlagung der AUVA und politisch motivierte Aktionen der Bundesregierung notfalls auf die Straße.“

**Erinnerung an Amtseid** Vor allem am Prinzip der Kassen-Selbstverwaltung durch Arbeitgeber und -nehmer sowie an der Unfallversicherung (AUVA) dürfe nicht gerüttelt werden, sagen nicht nur rote Gewerkschafter.

Auch **Norbert Schnedl**, Chef der Christ- und Beamten-gewerkschaft, zeigt sich kampfbereit. In einer Aussendung erinnert er Kanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache sogar an ihren Amtseid. Schnedl: „Niemand stellt sich gegen sinnvolle Reformen. Aber mit – noch dazu falschen – Brachialargumenten die Selbstverwaltung schlecht zu reden, hat mit Seriosität

**„Selbstverständlich unterstützen wir die Aktionen und gehen notfalls auf die Straße.“**

**Wolfgang Katzian**  
GPA-Chef

**„Es laufen Betriebsversammlungen österreichweit an – samt Beschlüssen bis hin zu Streiks.“**

**Manfred Brunner**  
Obmann VorarlbergerGKK

**„Die Versicherten und Beschäftigten haben Besseres verdient, als dumpfen Populismus.“**

**Erich Foglar**  
Präsident Gewerkschaftsbund

nichts mehr zu tun. Jene Teile der Bundesregierung, die hier versuchen, mit 'Fake news' Stimmung zu machen, sollten sich an ihren Amtseid, den sie auf die Verfassung der Republik Österreich abgelegt haben, erinnern.“

Nach Vorarlberg und

Wien sind die anderen Bundesländer in den nächsten Tagen und Wochen an der Reihe. Überall werden gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen vorbereitet.

ÖGB-Präsident **Erich Foglar** steht voll dahinter: „Die Stimmungsmache der Bundesregierung gegen die Sozialversicherung ist unerträglich und ganz sicher nicht im Sinne der Versicherten. Die Regierung soll endlich alle an einen Tisch holen und konkrete Vorschläge machen, statt durch aktionistische Symbolpolitik die Menschen zu verunsichern. Der ÖGB steht voll hinter den Betriebsräten und wird auch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen unterstützen, wenn die Regierung weiterhin den Dialog verweigert.“

Nachsatz Foglars Richtung Kurz und Strache: „Die Versicherten und auch die Beschäftigten der Sozialversicherungen haben Besseres verdient als dumpfen Populismus.“

Am prägnantesten formuliert der scheidende AK-Präsident **Rudolf Kaske**: „Ein Anschlag auf die Selbstverwaltung ist ein Anschlag auf die Demokratie.“ Gewerkschaftsaktionen seien daher unausweichlich.

### Regierung und Kassen im Clinch

Seite 70 / 27.04.2018

Druckauflage: 20.000 | Reichweite: 58.000 | Dokumentengröße: 1/8 | Werbewert: € 937,5



#### REFORM

### Regierung und Kassen im Clinch

WIEN. Heftige Proteste aus den Sozialversicherungen und auch der ÖVP hat der Vorwurf der Regierung hervorgerufen, dass die Sozialversicherungen auf Privilegien sitzen und mit Milliardenvermögen spekulieren. Es gäbe zudem mehr als 1.000 Sozialversicherungsfunktionäre und 160 Dienstfahrzeuge. Für die Kassen und auch deren Vorsitzenden Alexander Biach (selbst ÖVP) sind das falsche Anschuldigungen und schlechter politischer Stil.

#### Bogen überspannt?

Die Krankenkassen sind gesetzlich zur Bildung und Sicherung von Rücklagen für mögliche Notfälle wie Pandemien *verpflichtet* und müssen diese sicher in Anleihen anlegen. Dabei werden sie laufend von Sozial- und Finanzministerium geprüft, wehren sich die Versicherungen. Von den 1.000 Funktionären arbeiten zudem 95% ehrenamtlich. Die Regierung hat angekündigt, die Kassen zusammenlegen zu wollen. (red)



#### Im Schussfeld

Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) hat den Regierungsauftrag, die Kassen zu fusionieren.



Kronen Zeitung / krwiejouz

## Inkompetenz oder doch kein neuer Stil?

Seite S4 / 27.04.2018

Dokumentengröße: 1/6

### **Inkompetenz oder doch kein neuer Stil?**

**Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Sebastian Kurz!** Jetzt haben Sie uns also versprochen, dass ein neuer Wind in der Politik wehen wird. Sie wollen lange aufgeschobene Reformen angehen und einen neuen Stil in die Kommunikation bringen: sachorientiert und ohne Anpatzen.

Das mit der Kommunikation scheint gut zu klappen: eine ganze Armada an PR-Experten schafft es, Sie ins richtige Licht zu rücken. Streit in der Regierung wird möglichst vermieden.

Gerade bei der Reform im Gesundheitswesen scheint das aber im Kanzleramt nicht zu klappen. Da kritisieren Sie die Krankenkassen dafür, dass sie angeblich mit Milliarden an den Börsen spekulieren. Doch dann stellt sich heraus, dass die Kassen sogar verpflichtet sind, Rücklagen zu bilden. Und dass das auch regelmäßig von den Aufsichtsbehörden geprüft wird – ohne Beanstandungen.

Geschätzter Herr Kanzler, was ist Ihnen denn hier passiert? Wurden Sie von den eigenen Leuten falsch beraten, in der Hoffnung auf einen PR-Coup? Fast müsste man hoffen, dass hier Inkompetenz der Fall war. Denn war es Absicht, passt das gar nicht zum neuen Stil des Sich-nicht-Anpatzens. Dann müsste man glauben, dass es darum geht, eine Neid-Debatte zu schüren.

Herr Kurz, das haben Sie doch nicht nötig! Österreichs Sozialsystem mag Reformen brauchen, doch es leistet immer noch besser als in anderen Ländern soziale Sicherheit und vor allem sozialen Frieden. Setzen Sie diesen nicht aufs Spiel! Meint Ihr

**Martin Rümmele**



Vorarlberger Nachrichten

## Stimmungsmache

Seite A3 / 27.04.2018

Druckauflage: 59.806 | Reichweite: 166.000 | Dokumentengröße: 1/8 | Werbewert: € 1.318,75



**Kommentar**

Birgit Entner

# Stimmungsmache

Die Regierung tut, was sie angekündigt hat. Sie arbeitet ihr Koalitionsprogramm eisern ab und trotz dabei allen Widerständen. Überraschungen bleiben also aus. Details werden häppchenweise serviert. Zuvor aber streuen die schwarzen und blauen Büros

„Die Regierung tut sich mit diesem Stil **nichts Gutes**. Auch ÖVP und FPÖ brauchen Partner für Reformen.“

fleißig (Des)Informationen, um sich in ihren Vorhaben zu bestärken. Grenzen gibt es dabei keine. Immerhin zeigt sich ein neuer Stil von Stimmungsmache bis zum Wortbruch.

Ein internes Papier des Arbeitsmarktservice (AMS) sollte etwa auf den Reformbedarf aufmerksam machen. Mitarbeiter haben Probleme bei der Betreuung von Arbeitslosen mit nicht-deutscher Muttersprache beklagt. Dass es sich dabei um Einzelbeobachtungen handelte, wie die AMS-Spitze versicherte, interessierte kaum. Das Budget des Arbeitsmarktservices wurde gekürzt, vor allem bei der Integration. Später folgte ein Treffen mit dem Management und die Vereinbarung, dass das AMS bis Juni Reformvorschläge vorzulegen hat.

Die Sozialversicherungen bekommen dafür keine Zeit. Die Regierung will die anvisierte Zusammenlegung bis Mitte Mai in Gesetzesentwürfe gießen. Für etwas Rückenwind dient auch da

die Taktik: Schlechtreden statt Fakten schaffen. Welche Intention könnte Schwarz-Blau sonst haben, wenn sie die Kassen mit Zahlen, die teils aus dem Zusammenhang gerissen wurden, an den Pranger stellt? Was nutzt diese Information, während die eigentlichen Berechnungen zur Kassenzusammenlegung im Verbogenen bleiben?

Auch die Vereinheitlichung der Mindestsicherung steht aus. Die Soziallandesräte hätten ursprünglich bis Ende Juni Zeit gehabt, sich auf ein gemeinsames Modell zu einigen. Das hat ihnen die Sozialministerin zugesagt. Elf Tage später erklärte die Regierungsspitze die Abmachung für nichtig. Man werde bereits 30 Tage vor Ablauf der Frist einen Entwurf vorlegen.

Die Regierung tut sich mit diesem Stil nichts Gutes. Grundsätzlich wäre es ja mutig, Reformen in diesem Tempo anzugehen. Allerdings brauchen ÖVP und FPÖ dafür auch Partner. Das ist in einem Staat, in dem nicht nur die Sozialpartnerschaft, sondern vor allem die Länder und Gemeinden eine zentrale Rolle einnehmen, am Ende ausschlaggebend für den politischen Erfolg. Anprangern, verschmähen und Stimmung machen wird ihnen da nicht weiterhelfen. Zumindest nicht langfristig. Denn irgendwann wird auch die schwarz-blaue Bundesregierung auf das Wort ihrer Partner angewiesen sein.



**BIRGIT ENTNER**  
birgit.entner@vn.at  
01 3177834

Copyright: APA-DeFacto GmbH - Seite 9

## Fakten



## NEWS

News

APA <sup>DEFACTO</sup>

### Dienstwagen im Glashaus

Seite 18 / 27.04.2018

Druckauflage: 118.812 | Reichweite: 325.000 | Dokumentengröße: 1/6 | Werbewert: € 2.035,41

#### RANDNOTIZ

### Dienstwagen im Glashaus



Das Regierungsprogramm muss abgearbeitet werden – also sollen von 22 Sozialversicherungen bald nur noch fünf übrig bleiben. Die Reform dazu startet schon im Mai, wie Finanzminister Hartwig Löger im News-Interview ankündigte. Doch die von den Sozialpartnern selbst verwalteten Institutionen haben einen guten Ruf, weswegen die ÖVP/FPÖ-Koalition im Vorfeld auf Privilegien der Sozialversicherungen – wie einen Fuhrpark von 160 Fahrzeugen – hinwies. In dem Zusammenhang sitzt die Regierung allerdings selbst im Glashaus. Immerhin sind für Kanzler, Minister, Staatssekretäre und ihre Mitarbeiter rund 100 Autos mit 70 Chauffeuren im Einsatz. Laut einer parlamentarischen Umfrage aus 2016 hat allein das Verteidigungsministerium 32 Fahrzeuge in der Garage. Darunter sind Audi 8, Audi 6 und BMW 7er – mehrheitlich aber auf Leasingbasis. IW

## Empörung über Vorwürfe

Seite 7 / 26.04.2018

Druckauflage: 193.295 | Reichweite: 556.000 | Dokumentengröße: 1/8 | Werbewert: € 1.959,38



### SOZIALVERSICHERUNGEN

## Empörung über Vorwürfe

Der Dachverband der 21 Sozialversicherungsträger weist Privilegienvorwürfe seitens der Bundesregierung zurück. „Ich bin enttäuscht, dass auf diesem Niveau diskutiert wird, nicht faktenbasiert“, so Hauptverbandsvorsitzender Alexander Biach. Auch die Kleine Zeitung berichtete.

Von den angeführten 160 Dienstautos seien nur 18 echte Dienstautos, die 143 dienten dem Krankentransport oder seien geleaste Fahrzeuge, die für die Beitragsprüfung eingesetzt werden. Die 330 Millionen Euro für Zusatzpensionen sind laut Sozialversicherung zwar Fakt, es handle sich dabei

aber um alte Verträge, die einzuhalten sind (85 Prozent des Letztbezugs). Tatsächlich wurden die Zusatzpensionen 1996 abgeschafft. Laut Rechnungshof sind 17.000 aktive oder pensionierte Bedienstete im alten System.

Laut dem Neos-Abgeordneten Gerald Loacker, der sich intensiv mit der Materie befasst hat, beziehen 1280 Mitarbeiter eine Luxuspension.

„Den Versicherungen den Vorwurf zu machen, zu viel auf der hohen Kante zu haben, ist absurd. Wenn die Einnahmen zu hoch sind, muss das Sozialministerium handeln und die Beitragssätze senken.“



## KURIER

Kurier / Abend, Abend, Länder

### "Fake News, Lügen und Neiddebatte"

Seite 3 / 26.04.2018

Druckauflage: 154.042 | Reichweite: 551.000 | Dokumentengröße: 1/8 | Werbewert: € 3.233,75

# „Fake News, Lügen und Neiddebatte“

**Heftiger Schlagabtausch.** Rot-schwarze Sozialpartner im Clinch mit Regierungsspitze

Noch-ÖGB-Präsident **Erich Foglar**, der sein Amt im Juni an GPA-Chef **Wolfgang Katzian** übergibt, kritisiert die ÖVP-FPÖ-Regierung für ihre Privilegien-Vorwürfe gegen die Sozialversicherungen: „Es ist sehr bedauerlich, dass die Regierungsspitzen zu derart unhaltbarer Stimmungsmache gegen die Sozialversicherung greift. Es ist auch schwerst bedenklich, weil es von den Fakten her in keiner Weise haltbar ist“, sagte Foglar.

„Es geht darum, dass die FPÖ dort hinein will, wo sie derzeit keinen einzigen Erfolg nachzuweisen hat und noch nie etwas beigetragen hat.“ Machtgelüste ortet der Gewerkschafter auch bei der

„türkisen Seite der schwarzen ÖVP“.

Scharfe Kritik an den Attacken der Bundesregierung gegen die Sozial-Versicherungsträger kam auch von schwarzer Seite – und hier vor allem aus dem Westen Österreichs.

„Schlimmer geht's wohl nimmer“, stellten die beiden schwarzen Arbeiterkammer-Präsidenten, **Hubert Hammerle** aus Vorarlberg und **Erwin Zangerl** aus Tirol, fest. Die Regierungsspitze versuche mit „einer Neiddebatte sondergleichen, mit falschen Behauptungen und künstlicher Skandalisierung“ die „sozial- und gesundheitspolitischen Grundfesten unseres Staates“ zu zerschlagen. Dies

sei Politik der „miesesten Art“ und lasse „weitere Scheußlichkeiten“ gegen andere missliebige Einrichtungen befürchten.

Die Minister **Josef Moser** und **Norbert Hofer** haben die forsche Vorgangsweise der Regierung erwartungsgemäß verteidigt, ohne jedoch näher auf Detailvorwürfe einzugehen.

So erinnerte Justizminister Moser an bereits in seiner Zeit als Rechnungshof-Präsident in einem Bericht geäußerte Kritikpunkte bezüglich finanzieller Rückstellungen der Kassen. Dass hier eine Neiddebatte befeuert werde, ließ er nicht gelten, man wolle Österreich vielmehr neu gestalten.

Hofer betonte, dass bei der Sozialpartnerschaft „überhaupt nichts ausgehebelt“ werde. Mit den Privilegien der Funktionäre habe er sich nicht auseinandergesetzt. Wichtig sei eine Entlastung der Steuer- bzw. Beitragszahler, ohne dass Leistungen gekürzt würden.

Zu Wort gemeldet haben sich auch wieder Obmänner von Gebietskrankenkassen. Der härteste Vorwurf kommt aus Niederösterreich. Der dortige Obmann **Gerhard Hutter** empört sich über „Fake News, Lügen und Unwahrheiten“ seitens der Regierung. Der Vorsitzende der NÖ-Christgewerkschaft **Alfred Schöls** spricht von „Taschenspielertricks“.